

N i e d e r s c h r i f t der gemeinsame öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungs- und Jugendhilfeausschusses

(Nach dem Tagesordnungspunkt 4 beraten die Fachausschüsse
getrennt weiter.) am 03.07.2007

öffentlich

Ort: Sekundarschule Weidenplan, Universitätsring 21, 06108
Halle (Saale), Aula

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Bildungsausschuss

Bergner, Annegret Dr.	CDU	
Heinrich, Holger Dr.	CDU	
Lange, Hendrik	DIE LINKE	
Nagel, Elisabeth	DIE LINKE	
Preuk, Erhard	DIE LINKE	
Eigenfeld, Frank Dr.	SPD	Vertreter für Frau Hanna Haupt
Schmidt, Andreas Dr.	SPD	
Zeidler, Michael	SPD	Vertreter für Herrn Dr. Fikentscher
Schwabe, Elke	WIR. FÜR HALLE.	
Stark, Regine Dr.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Kneissl, Ralf-Jürgen	SKE	
Meißner, Petra	SKE	
Pannicke, Wolfgang	SKE	
Trömel, René	SKE	
Rommel, Katharina	SKE	
Schachtschneider, Andreas	SKE	

Jugendhilfeausschuss

Godenrath, Thomas	CDU
Wießner, Heike	SKE
Haupt, Ute	DIE LINKE
Lange, Hendrik	DIE LINKE
Ewert, Gertrud	SPD
Brock, Inés	
Schwabe, Elke	WIR. FÜR HALLE.
Stark, Regine Dr.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Meißner, Petra	SKE
Dölle, Leonhard	Diakoniewerk
Heinicke, Tobias	DRK
	Kreisverband Halle-SK-ML e. V.
Klotsch, Antje	Arbeiterwohlfahrt KV Halle e. V.
Kramer, Uwe	Stadtjugendring
Piechotta, Peter Dr.	DPWV
Weber, Winfried	Caritasverband Halle e. V.
Rarrasch, Peggy	Bürgerhaus "AternativE"
Sarunski, Torben	Amtsgericht Halle-Saalkreis
Rochau, Lothar	Verw
Schneutzer, Petra	Verw

Es fehlten:

Bildungsausschuss

Bauersfeld, Martin	CDU	
Fikentscher, Rüdiger Dr.	SPD	Vertreter: Herr Michael Zeidler
Wolff, Sabine	NEUES FORUM	
Koehn, Helga	SKE	
Hildebrand, Gert	Verw	
Marquardt, Hans-Jochen Dr.	BG	
Wohlfeld, Ursula Dr.	Verw	
Zschocke, Jürgen	Verw	
Thieme, Brigitte	GRAUE	
Engelhardt, Monika	SKE	
Faltus, Julia	SKE	

Jugendhilfeausschuss

Haupt, Hanna	SPD	Vertreter: Herr Dr. Frank Eigenfeld
Gellert, Beate	Stadtjugendring	
Becker, Helmut	Evang. Kirchenkreis Halle- Saalkreis	
Gebauer	Landesverwaltungsamt	
Jomrich, Herbert	Polizeidirektion Halle	
Leonhard, Renate	Kathol. Propsteipfarramt	
Privorozki, Max	Jüdische Gemeinde zu Halle	
Slomka, Christine Dr.	Bundesagentur für Arbeit	
Wildner, Susanne	Verw	

1. Kinder- und Jugendsprechstunde
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Anfrage der Stadträtin Dr. Bergner - CDU - zum Sachstand der schulbezogenen Jugendarbeit
Vorlage: IV2007/06489

zu 1 Kinder- und Jugendsprechstunde

Herr Godenrath i.V. der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die gemeinsame Sitzung eröffnet.

zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Bergner eröffnete die gemeinsame Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Bergner stellte die Tagesordnung fest und gab das Wort an Herrn Hildebrand. Herr Hildebrand sprach an, dass für die gemeinsame Sitzung vorgesehen war, über die Prioritätenliste von Schulbauten zu sprechen. Da die Schulbauförderrichtlinie mit den Ergänzungen noch nicht vorliegt, gibt es in der Erstellung der Liste eine Verzögerung. Bei der Förderung soll es jetzt noch neu die Ergänzung zur Einbindung von Energiebauträgern geben, welche bisher nicht bedacht worden ist. Dies wird über ZGM jetzt noch überprüft und in die Prioritätenliste entsprechend eingearbeitet. Demzufolge konnte es heute nicht auf die Tagesordnung genommen werden.

zu 4 Anfrage der Stadträtin Dr. Bergner - CDU - zum Sachstand der schulbezogenen Jugendarbeit Vorlage: IV2007/06489

Frau Dr. Bergner sprach an, dass zu ihrem Antrag die Antwort der Verwaltung vorliegt. Sie wollte dennoch gemeinsam mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, hier insbesondere den freien Trägern, welche schulbezogene Jugendarbeit anbieten, darüber sprechen. Sie gab das Wort an Herrn Rochau.

Herr Rochau sprach an, dass die Beantwortung der Anfrage federführend durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie in Zusammenarbeit mit den freien Trägern insbesondere Frau Plischke (zuständige Koordinationsstelle schulbezogenen Jugendarbeit; bei „Villa Jühling e.V.“) erfolgte. Das Konzept zur schulbezogenen Jugendarbeit ist in enger Zusammenarbeit mit dieser Koordinationsstelle entstanden. Wie Herr Rochau mitteilte, plant das Land wieder Schulsozialarbeit für das Schuljahr 2008/09 aufzulegen. Dazu soll im September ein Richtlinienentwurf vom Land kommen. Zur Frage der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe kann nicht pauschal geantwortet werden. Dies ist immer im

konkreten Schulbereich zu sehen, da es unterschiedliche Ansätze der Zusammenarbeit gibt, insbesondere im Bereich der Grundschulen. Der Erlass von 2004 richtet sich insbesondere an Schule. Die Jugendhilfe hat mehrere gute Projekte in Schulen laufen. Es gibt bereits sehr gute Beziehungen aber auch noch große Bedarfe. Er gab das Wort an Frau Plischke.

Frau Plischke konnte den Ausführungen von Herrn Rochau nichts mehr hinzufügen. Bei konkreten Nachfragen steht sie zur Verfügung.

Frau Dr. Bergner stellt fest, dass es offenbar keine Probleme gibt. Sie hat gehört, dass die Kontinuität der gemeinsamen Arbeit zu wünschen übrig lässt. Beim Träger Kinder- und Jugendhaus e.V. soll es eine Streichung der Förderung geben.

Herr Kramer (stimmb. Mitglied freie Träger) sprach an, dass das Problem in den unterschiedlichen Strukturen zu sehen ist. Es gibt ungleiche Ressourcen in Schule und Jugendhilfe. Durch die Jugendhilfe wurden Qualitätskriterien zur schulbezogenen Jugendarbeit erarbeitet, dies wird im Bereich Schule vermisst. Die Jugendhilfe ist an ihre Kapazitätsgrenze gekommen. Es könnte mehr schulbezogene Arbeit an den Sekundarschulen gemacht werden, wofür es keine Ressourcen mehr gibt.

Frau Klotsch (**stimmb. Mitglied freie Träger**) sprach an, dass schulbezogene Jugendarbeit als sehr wichtig angesehen wird. Kriterien für die Arbeit in den Jugendfreizeiteinrichtungen wurden mal im Jugendhilfeausschuss beschlossen. 60% sollen für schulbezogene Jugendarbeit an Arbeitszeit dort verwendet werden; bleiben nur 40% für die restliche Arbeit. In den Jugendfreizeiteinrichtungen gibt es verschiedene Projekte. Unklar, warum das Projekt im Süden nicht weitergehen soll. Der Träger bemüht sich um eine Landesförderung für das Projekt; die Voraussetzungen sind dafür erfüllt und jetzt wird eine Ablehnung für diese Förderung durch die Verwaltung vorgeschlagen, welche heute noch im Jugendhilfeausschuss auf der Tagesordnung steht.

Herr Weber (**stimmb. Mitglied freie Träger**) sprach an, dass es bei der schulbezogenen Jugendarbeit keine Evaluierung gab, somit konnte die Effizienz bisher nicht geprüft werden, da der Zeitrahmen zu kurz war.

Frau Dr. Bergner fragte, in welcher Form sich die freien Träger der Jugendhilfe eine Diskussion vorstellen.

Herr Weber antwortete, dass das als Aufgabe der Jugendhilfeplanung der Stadt anzusehen ist, wie langfristig Schulsozialarbeit geleistet werden kann. Der Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss müssen die Probleme sehen und Unterstützung geben. Es muss über Planstellen im Rahmen der Jugendhilfeplanung geredet werden.

Frau Dr. Bergner sprach an, dass es viele Probleme in den Schulen gibt, wie bspw. fehlende Schulabschlüsse, Gewalt etc. Bisher fehlt der Effekt, was da bereits geleistet wurde und positiv bewertet werden kann. Oftmals setzt erst Hilfe ein, wenn alles zu spät ist. Ressourcen müssen geprüft werden, eine Kooperation ist hier sehr wichtig. Ein zufrieden stellendes Ergebnis ist für sie nach Jahren hier noch nicht so sichtbar.

Herr Kramer sprach an, dass es in jedem Stadtteil ein Zentrum gibt, welches 60% schulbezogene Arbeit prioritär leistet. Nachdem die Schulsozialarbeit nicht mehr gefördert wurde und weg gebrochen ist, hat die Jugendhilfe versucht, dies im Anschluss aufzufangen. Das Potential von Schule ist viel größer als das bei der Jugendhilfe der Fall ist. Jetzt sind Qualitätskriterien im Bereich Schule gefragt, in der Jugendhilfe wurde dies bereits umgesetzt.

Frau Dr. Bergner erteilte das Wort an Frau Plischke.

Frau Plischke teilte mit, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, in welcher viele Träger mitwirken. Dort macht man sich viele Gedanken über schulbezogene Jugendarbeit. Bei einer Dienstberatung mit Schulleitern von förderungsfähigen Schulen wurde großer Bedarf angemeldet. Dies kann Jugendhilfe nicht leisten.

Herr Trömel (SkE BA) sprach an, dass er auch mal 3 Jahre da mitgearbeitet hat. Der Träger, bei welchem er arbeitet, hat 6 Kooperationsschulen, Projekte wurden dort vorgestellt. Es kommt keine Rückkopplung von den Schulen, was sie benötigen oder sich wünschen. Die Schulleiter müssen sich dazu äußern, was sie hier benötigen.

Herr Rochau sprach an, dass zwei verschiedene Kulturen bei Jugendhilfe und Schule aufeinander treffen. Jugendhilfe hat bereits Initiative ergriffen. Mit mehreren Schulleitern wurde bereits eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Diese Vereinbarung wurde an Herrn Riethmüller mit der Bitte gegeben, sie zu autorisieren. Herr Riethmüller hat sich dazu am 15.06.07 positiv geäußert .

Die Mitglieder der Ausschüsse äußerten die Bitte, dass dieses Schreiben und die Kooperationsvereinbarung als Anlage der Niederschrift beigefügt werden.

Herr Rochau sagte dies zu.

Herr Godenrath sprach an, dass seit längerer Zeit der Vertreter des Bereiches Schule nicht mehr am Jugendhilfeausschuss teilnimmt.

(Anmerkung Protokollantin: aus dem Bereich Schule wurde neue Vertretung gemeldet: zukünftig nimmt Frau Deckwert am JHA teil).

Anfrage durch ein Mitglied (StR), dass ein Controlling der Kooperationsvereinbarung erfolgen muss, wer prüft die Einhaltung der Vereinbarung.

Herr Rochau antwortete, dass selbstverständlich der Fachbereich prüft, was geleistet wurde.

Durch **ein Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass die Schlüsselrolle die Lehrer hierbei spielen. Kommt das auf die Tagesordnung bei den Diskussionen der Schulleiter mit ihren Lehrern, ist da eine Kontinuität gewährleistet.

Frau Dr. Bergner antwortete, dass wenig Einflussmöglichkeiten bestehen, wie dies die Schulen handhaben. Sie gab das Wort an Herrn Kneisl (skE BA), da dieser Schulleiter ist.

Herr Kneisl sprach an, dass er Leiter der Sekundarschule Silberhöhe ist, welche engen Kontakt zum DKSB haben und regelmäßige Zusammenkünfte haben. Man tut Schulen unrecht; in den Stadtteilen und an den Schulen gibt es unterschiedliche Problemfelder.

Herr Weber sprach an, dass es gelungene aber auch verbesserungswürdige Kooperationen gibt. Der Umbau der Schulen zieht andere Probleme nach sich, dies sollte auch langfristig besser vorbereitet sein. Verlässliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, hier ist die Jugendhilfeplanung gefragt. Es sollte in der schulbezogenen Jugendarbeit langfristige Förderungen geben, da alles andere zu kurzfristig ist und nicht nachhaltig wirken kann.

Frau Plischke sprach an, dass sich die Arbeitsgruppe auch mit der Qualitätsentwicklung befasst, welche auch Teile eines Controllings beinhalten. Eine große Evaluation zur schulbezogenen Jugendarbeit kann man sich nicht leisten. Es soll eine Kontinuität und Nachhaltigkeit erreicht werden.

Frau Klotsch sprach an, dass Jugendhilfeakteure, welche an Schulen sind, eine Thematik haben. Lehrer haben andere. Das Ressourcenfeld ist knapp. Was ist ein gemeinsames Ziel von Jugendhilfe und Schule hierbei? Dies sollte stadtweit oder in den Sozialräumen diskutiert werden. Dazu sollte eine Definition erfolgen und die Ressourcen sollten konzentriert werden.

Frau Dr. Bergner fasste zusammen, dass beide Ausschüsse in ca. ½ Jahr nochmals zusammen kommen sollten. Bis dahin liegt evtl. auch der Entwurf des Ministeriums zur schulbezogenen Jugendarbeit vor. Dann sollte auch ein klarer Auftrag mit Zielstellung zur schulbezogenen Jugendarbeit erfolgen. Sie äußerte die Bitte an Frau Plischke, als Koordinatorin der Arbeitsgruppe schulbezogene Jugendarbeit, da schon mal vorbereitend etwas in der Arbeitsgruppe zusammen zu fassen.

Herr Rochau ergänzte, dass dann evtl. in den Ausschüssen auch gemeinsam über die Personalstellen entsprechend der Schwerpunktarbeit gesprochen werden kann. Voraussetzung hierfür ist natürlich der Entwurf des Ministeriums, welcher vorliegen muss.

Frau Dr. Bergner sprach an, dass zu der gemeinsamen Sitzung auch über den Stand Übergang Kita zur Grundschule gesprochen werden kann.

Gegen 17 Uhr war die gemeinsame Sitzung beendet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Uta Kaupke
Protokollführerin
der gemeinsamen Sitzung

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende
Bildungsausschuss

Thomas Godenrath
stellv. Ausschussvorsitzende
Jugendhilfeausschuss